

13. 9. 68

Am Sonntag hat der Bösenverein des deutschen Buchhandels seinen "Friedenspreis" an den senegalesischen Staatspräsidenten Senghor verliehen. Zur gleichen Zeit versuchten mehr als tausend Polizisten mit Schlagstöcken und Knütteln das Protest von mehr als 2000 Arbeitern, Schülern und Studenten niederzuschlagen. Dieser Protest richtete sich gegen die politische Entscheidung des Bösenvereins, seinen "Friedenspreis" einem Politiker zu verleihen, der in Senegal seit Jahren gestützt auf französische Fallschirmjäger die Politik des französischen Neokolonialismus vertritt.

- Diese Politik äußert sich so:
- Abschaffung des Streikrechts im Senegal
 - Niedererschlagung eines Bauern- und Fischeraufstandes wegen niedriger Löhne und Verdoppelung des Preises für Reis (Grundnahrungsmittel) durch französische Fallschirmjäger mit Maschinengewehren
 - Zerschlagung der Studentenbewegung im Senegal und teilweise Schließung der Universität Dakar für ein Jahr durch die gleichen französischen Truppen (4 Tote, Hunderte Verletzte)
 - Ausbeutung von Uran- und Bauxitvorkommen zugunsten der französischen Atombevorratung und der EWG-Industrie (8% des Industriekapitals in französischer Hand; Senegal und 18 andere ehemalige französische Kolonien sind der EWG assoziiert.)

Durch die Verleihung seines "Friedenspreises" an Senghor trägt der Bösenverein des deutschen Buchhandels zur Verschleierung dieser Politik in Afrika bei. Die Entscheidung des Bösenvereins richtet sich damit auch gegen die Bevölkerung Senegals und die afrikanischen Freiheitsbewegungen in den Kolonien Portugiesisch-Guinea und Angola, die gegen die Ausbeutung ihrer Länder durch den europäischen Kapitalismus kämpfen.

Um den Freiheitskampf zu unterstützen, beschlossen wir auf einem teach-in vor der Buchmesse, unseren Gegenpreis dem Führer der Befreiungsbewegung Portugiesisch-Guineas - Amilkar Cabral - zu verleihen. Auch diese Versammlung wurde von der Polizei auseinandergesprengt. 42 Demonstranten wurden verhaftet, über 150 verletzt. Die Festgenommenen haben Gerichtsverfahren und Gefängnisstrafen zu erwarten.

Das gemeinsame Vorgehen von Polizei und Justiz gegen Demonstranten seit dem Schah-Besuch im Juni 1967 hat die systematische Zerschlagung der außerparlamentarischen Opposition zum Ziel, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Zusammenhang zwischen der zunehmenden Faschisierung der westlichen Industrienationen und der verstärkten Ausbeutung der unterentwickelten Länder aufzuzeigen. Bisher laufen etwa 2000 politische Prozesse gegen Arbeiter, Schüler und Studenten. Dort wo der Terror des Polizeiknüppels nicht ausreicht, soll der Staatsanwalt das ständige Anwachsen der außerparlamentarischen Opposition verhindern.

Schon um 9,00 Uhr, eine Stunde vor Beginn der Demonstration am Sonntagmorgen saß Staatsanwalt U c h m a n n im Polizeipräsidium und forderte die Greiftruppe der Polizei auf, ihm Rädelführer zu liefern.

Hier fordern:

- DE, SOFORTIGE FREILASSUNG ALLER VERHAFTETEN
- DIE EINSTELLUNG ALLER POLITISCHEN PROZESSE
- UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE AKTIONEN GEGEN DIE POLITISCHE JUSTIZ
- Spenden sie jetzt, hier und auf das Solidaritätskonto REPUBLIKANISCHE HILFE
Kontonummer 282 880, Dresdener Bank Frankfurt/M.

Z E R S C H L Ä G T D I E P O L I T I S C H E K L A S S E N J U S T I Z